

1 **A2 (Leitantrag)**
2 **Antragssteller*innen:**
3 **SPD-Bezirksvorstand**

4

5 **Beschluss: „Europe United“ – Für ein starkes Europa in einer**
6 **unsicheren Welt**

7

8 In Zeiten, in denen rechtspopulistische Parteien europaweit Zulauf haben und Wahlen
9 gewinnen, ist es unerlässlich, dass alle Demokrat*innen sich deutlich zu einem toleranten
10 und solidarischen Europa bekennen. Die SPD sieht sich – gerade durch Persönlichkeiten wie
11 Willy Brandt und Egon Bahr – als eine Partei, die dem Frieden in Europa verpflichtet ist. Die
12 Erinnerung an Hass, Gewalt und Krieg ist für sie historische Verantwortung und Mahnung
13 zugleich:

14 *Le Nationalisme, c'est la guerre* – Nationalismus bedeutet Krieg! Dieser berühmte
15 Ausspruch des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand gilt nach
16 wie vor. Die Gründungsväter und -mütter Europas hatten unmittelbar vor Augen, was
17 Nationalismus und Faschismus anrichtet: Tod, Leid, Hass und Zerstörung waren in den
18 Köpfen und im täglichen Leben der Menschen wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg
19 noch allgegenwärtig. Es brauchte Mut und Weitsicht, um die akuten Probleme wie Hunger,
20 den Wiederaufbau der Infrastruktur oder die Kontrolle kriegswichtiger Güter gemeinsam
21 anzugehen und so den Grundstein für ein dauerhaft friedliches Europa zu legen.

22 Der SPD-Bezirk Braunschweig will ein Europa, das das Leben der Menschen spürbar
23 verbessert. „Mehr Europa“ ist dabei für uns weder Selbstzweck noch als Ziel allein
24 erstrebenswert. Wir wollen ein demokratisches, soziales, den Bürger- und Menschenrechten
25 verpflichtetes Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, Globalisierung und
26 Digitalisierung gestaltet, Frieden und nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt und
27 den Menschen vor Profite setzt. Wir wollen ein Europa, das dem brandgefährlichen
28 Irrsinn aktueller Weltpolitik entschieden entgegentritt und dessen Antwort auf
29 „America first“ „Europe united“ lautet. Kurzum: Wir wollen ein sozialdemokratischeres
30 Europa.

31

32 **1. Für ein soziales Europa**

33

34 Die Europäische Union hat an Strahlkraft eingebüßt. Ein Grund dafür liegt sicherlich in dem
35 nur teilweise eingelösten Wohlstandsversprechen. Europa hat sich zu lange auf die

36 Schaffung eines möglichst großen Binnenmarktes konzentriert, ohne die negativen Folgen
37 dieses Marktes und seines Regelwerkes auf die Menschen zu berücksichtigen. Neben vielen
38 Gewinnern, gab es eben auch viele Verlierer dieser Marktschaffung. Die Region
39 Braunschweig, mit ihrer starken Automobilindustrie, gehört ohne Zweifel zu den Gewinnern
40 einer europäischen Politik, die Handels- und Produktionsbedingungen erleichtert hat. Gerade
41 diese Position verdeutlicht unsere Verantwortung gegenüber den wirtschaftsschwachen
42 Regionen Europas.

43 Die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit ist für uns die zentrale Grundfreiheit in den
44 Europäischen Verträgen. Immer mehr Menschen – insbesondere aus dem Osten und Süden
45 Europas – werden jedoch durch Armut und Elend dazu gezwungen, in andere
46 Mitgliedstaaten auszuwandern. Nur, wenn wir auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen
47 der Menschen im Süden und Osten Europas verbessern, werden wir mittelfristig der
48 erzwungenen Migration etwas entgegensetzen. Wir wollen daher die sozialen
49 Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten verbessern und durch fairen Wettbewerb, der
50 sich nicht an den niedrigsten Lohnraten orientiert, sicherstellen, sodass sich die Lebens- und
51 Arbeitsbedingungen aller Europäer*innen nach oben hin angleichen.

52 Europa hat das Potenzial, in einer zunehmend globalisierten Welt als Bollwerk
53 gegen die **von unkontrollierten Finanzmärkten verursachten** Verwerfungen der Globalisierung
54 wahrgenommen zu werden. Wir sind uns sicher, dass ein solches Europa – ein Europa, das
55 die sozialen Bedürfnisse der Menschen, die in ihm wohnen, ernst nimmt – sich nicht um
56 seine Zukunft sorgen muss. Wir streiten für ein Europa, das von seinen Bürger*innen als
57 gesellschaftliche Gestaltungsmacht in Zeiten weltweiten Wettbewerbs wahrgenommen wird.

58

59 **Soziale Sicherheit als globaler Wettbewerbsvorteil**

60 Alle Menschen in Europa müssen, unabhängig von ihrer Nationalität, Anspruch auf die
61 Leistungen und den Schutz eines hochentwickelten Sozialstaats besitzen. Soziale
62 Sicherheit, ein hohes Bildungsniveau, individuelle Freiheiten und Investitionen in
63 Wissenschaft und Forschung sind die Voraussetzungen für die Innovationskraft Europas –
64 unserer großen Stärke im globalen Wettbewerb. Wir setzen uns deshalb für
65 Mindeststandards in der sozialen Sicherung, durch eine Rahmenrichtlinie für ein
66 adäquates europäisches Mindesteinkommen sowie einen gesetzlichen Rahmen für
67 Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung, ein.

68 Darüber hinaus streiten wir für eine europäisch abgesicherte Arbeitsversicherung, die
69 dem Grundsatz Rechnung trägt, dass Menschen zur Veränderung bereit sind, solange ihre
70 Sicherheit nicht gefährdet wird. Diese soll Menschen auch in Phasen der Weiterbildung und

71 Qualifizierung absichern und sie so dazu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und
72 einzufordern. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle
73 Arbeitnehmer*innen zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen
74 Lebenswegs werden.

75 Ein soziales Europa ist somit ein Element der Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents.
76 Mehr noch: Es hat auch das Potenzial, zu einem weltweiten Vorbild für die Vereinbarkeit und
77 gegenseitige Abhängigkeit von internationaler politischer sowie ökonomischer Stärke und
78 einem hochentwickelten Sozialstaat zu werden. In Europa wird es sich entscheiden, ob ein
79 hohes Sozialniveau weiterhin und zunehmend als Ballast im globalen Wettbewerb
80 interpretiert wird oder ob sich weltweit die Erkenntnis durchsetzt, dass die sozialen
81 Errungenschaften seit der industriellen Revolution nicht bloß ein Zwischenspiel in der
82 Menschheitsgeschichte sind, sondern ein bedeutender und nachhaltiger Schritt in ihrer
83 Entwicklung.

84

85 **Für einen Europäischen Sozialpakt**

86 Ein europäischer Sozialpakt ist ein zentraler Baustein, um die soziale Dimension Europas zu
87 stärken: Europa soll die Mitgliedstaaten zu einem festen Mindestmaß an sozialen Standards
88 – jeweils in Relation zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes – verbindlich
89 verpflichten dürfen. Ausgaben für Bildung, Armutsbekämpfung und allgemein soziale
90 Belange werden prozentual zur Wirtschaftskraft festgelegt, was dazu führt, dass diese bei
91 wirtschaftlichem Fortschritt mitwachsen.

92 Ein europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat trägt dazu
93 bei, Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Eine europäische
94 Arbeitslosenrückversicherung als automatischer Stabilisator kann dazu beitragen,
95 langfristig schädliche wirtschaftliche Ungleichgewichte zu mindern, Lasten gerechter zu
96 verteilen, Sozialsysteme krisenfester zu machen und Europa volkswirtschaftlich zu
97 stabilisieren. Dank der europäischen Sozialdemokratie sind wir in der vergangenen
98 Legislaturperiode mit der Revision der Entsenderichtlinie, nach dem Prinzip „gleicher Lohn
99 und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“, einen großen
100 Schritt nähergekommen.

101

102 **2. Für ein Europa der guten Arbeit**

103

104 Die Arbeitswelt ist im Wandel: Digitalisierung, Globalisierung und veränderte Anforderungen
105 an Flexibilität und Qualifikation sind nur einige der Herausforderungen, vor denen immer

106 mehr Menschen stehen. Gerade wir, als die Volkspartei im industriegeprägten
107 Braunschweiger Land, sind entschlossen, diesen Wandel im Sinne der Arbeitnehmer*innen
108 zu gestalten. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und
109 ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen, sondern bedarf der klaren Abgrenzung vom
110 Privatleben. Nur mit einer klaren Regulierung hierzu gibt es eine bessere Vereinbarkeit von
111 Privatleben und Beruf. Wir setzen uns für eine EU-weite sozial- und arbeitsrechtliche
112 Regulierung der sogenannten Plattformökonomie ein. Unternehmen wie Amazon, Uber oder
113 Deliveroo müssen ihrer Arbeitgeber*innenrolle endlich gerecht werden!

114

115 **Jugendlichen europaweit Chancen ermöglichen**

116 Wie gefährlich der soziale Sprengstoff ist, der aus Massenarbeitslosigkeit und
117 Perspektivlosigkeit entstehen kann, wissen wir in Deutschland nur allzu gut. Vor allem in
118 Südeuropa und besonders mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, sind wir nicht länger
119 bereit, die aktuellen Verhältnisse weiter hinzunehmen. Wenn für Banken in kurzer Zeit
120 milliardenschwere Hilfsprogramme aufgelegt werden konnten, so muss das auch für die
121 Jugend Europas möglich sein. Wir fordern daher ein Sofortprogramm, das jedem
122 Jugendlichen unter 25 einen Ausbildungsplatz garantiert und damit eine berufliche
123 Perspektive eröffnet. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus.
124 Wir wollen deshalb die Mittel für die Jugendgarantie auf 60 Milliarden Euro aufstocken.

125 Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit Europas. Wir wollen die
126 duale Ausbildung auch in Europa stärken. Dafür ist eine Verständigung über
127 Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten die
128 Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes, Lernortkooperation zwischen Betrieb und
129 Berufsschule und einen abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden. Die
130 Verknüpfung einer mehrjährigen schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar!
131 Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gegenüber den Auszubildenden
132 nachkommen und die Arbeitsbedingungen müssen in einem Arbeitsvertrag festgehalten
133 werden. Für die Akzeptanz und Attraktivität moderner Berufsbildungssysteme ist die
134 Einbeziehung von Sozialpartner*innen, Einrichtungen der beruflichen Bildung und
135 Wissenschaft in einen Berufsbildungsdialog unerlässlich.

136

137 **Betriebliche Mitbestimmung und Sozialpartnerschaften stärken**

138 Die Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat gilt heute – nicht zuletzt durch den Einsatz
139 von Sozialdemokrat*innen – als Erfolgsmodell. Arbeitnehmer*innen müssen in die Lage
140 versetzt werden, ihre Interessen im europäischen Kontext stärker als bisher vertreten zu
141 können. Unternehmen nutzen europäisches Gesellschaftsrecht mehr und mehr als Hebel,

142 um die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen einzufrieren oder ganz zu umgehen.
143 Diesem Trend werden wir uns entschieden entgegenstellen!

144 Um die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit in Europa vollständig zu verwirklichen, müssen
145 Arbeitnehmer*innen ihre Interessen auch in den Betrieben europaweit vertreten können.
146 Daher ist die Verbesserung der Arbeit von Europäischen Betriebsräten (EBR) ein
147 unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.
148 Auch Auszubildende in multinationalen Konzernen müssen in ihrem Recht auf konzernweiten
149 Austausch und Interessenvertretung gestärkt werden. Wir fordern deshalb die Gründung von
150 europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Wir wollen die Rechte der vielen
151 engagierten Betriebsräte in Europa durch eine Revision der Europäischen
152 Betriebsräterichtlinie maßgeblich verbessern.

153 Schließlich muss der soziale Dialog auf der europäischen Ebene gestärkt werden.
154 Arbeitgeber*innenverbände und Gewerkschaften müssen als Sozialpartner*innen direkter
155 und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik
156 einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Die Kommission muss ihren
157 Widerstand gegen die von Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften verhandelten
158 Sozialpartner*innenabkommen, wie beispielsweise im Friseur*innenhandwerk, aufgeben.

159

160 **3. Eine gemeinwohlorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik**

161

162 Wer morgen ernten will, muss heute säen. Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder
163 Forschung und Entwicklung sind der Boden, auf dem der wirtschaftliche Erfolg Europas
164 wächst. Wir sind davon überzeugt, dass eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts-,
165 Arbeitsmarkt-, Sozial- und Fiskalpolitiken durch eine europäische Wirtschaftsregierung unter
166 Führung eines*r europäischen Wirtschafts- und Finanzministers*in sinnvoll und notwendig
167 ist, um Europa langfristig auf Kurs zu bringen und zu halten.

168 Wir halten zudem automatische Stabilisierungsmechanismen für sinnvoll, um
169 Handelsungleichgewichte effektiv einzudämmen. Ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien
170 sollte die Kommission hier mit Eingriffsrechten ausgestattet werden, deren Nutzung nicht von
171 einem einstimmigen Votum der Mitgliedstaaten abhängen darf. Ein eigenes Budget für die
172 Euro-Zone zum Abbau von Ungleichgewichten und zum Abfedern von konjunkturellen
173 Schwankungen, gemeinsame Instrumente der staatlichen Investitionsfinanzierung, eine
174 europäische Arbeitslosenversicherung sowie gemeinsame Standards in der
175 Finanzmarktregulierung und Steuerpolitik tragen ebenfalls dazu bei, den europäischen
176 Wirtschaftsraum zu stabilisieren, ihn krisenfester und zukunftsfähig zu machen. Den

177 Europäischen Stabilitätsmechanismus wollen wir zudem zu einem Europäischen
178 Währungsfonds ausbauen.

179 **Für eine nachhaltige Finanzpolitik**

180 Unser Ziel sind nachhaltige und stabile Finanzmärkte, die der gesamtwirtschaftlichen und
181 gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Wir stehen für eine europäische Kapitalmarktunion,
182 die eine effektive Finanzierung der Realwirtschaft unterstützt und gleichzeitig regionale und
183 lokale Besonderheiten berücksichtigt. Wir führen eine Finanztransaktionssteuer zur
184 gerechten Beteiligung der Finanzwirtschaft an gesellschaftlichen Aufgaben ein und fordern
185 ein Verbot von Finanzprodukten ohne gesellschaftlichen Mehrwert, zum Beispiel des
186 Hochfrequenzhandels.

187 Wir setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene für höhere
188 Eigenkapitalanforderungen ein und werden Maßnahmen ergreifen, damit Finanzinstitute sich
189 aufgrund ihrer Größe und Vernetzung nicht dem Primat der Politik entziehen oder sich durch
190 eine *too big to fail*-Maxime ihrer Rettung durch Steuergeld sicher sein können. Abhilfe
191 schaffen kann hier z. B. eine effektive Fusionskontrolle. Gleichzeitig streben wir eine
192 deutliche Vereinfachung der Finanzmarktregulierung und eine Stärkung des
193 Verbraucher*innenschutzes in diesem Wirtschaftszweig an.

194

195 **Steuergerechtigkeit: eine Frage des politischen Willens**

196 Steuereinnahmen sind für den Staat überlebenswichtig. Ohne Steuereinnahmen kann eine
197 öffentliche Daseinsfürsorge, kann eine funktionierende Infrastruktur, können Schulen,
198 Kindergärten oder Krankenhäuser nicht finanziert, erhalten bzw. modernisiert werden.
199 Bei Bürger*innen wie Unternehmen ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und
200 Steuern zu zahlen, bisweilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere Menschen mit
201 größeren Vermögen und international tätige Konzerne mit Erträgen im Millionen- bzw.
202 Milliardenbereich, sind teilweise beständig auf der Suche nach Möglichkeiten, legal oder
203 auch illegal Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen.

204

205 Daher lauten unsere konkreten Vorschläge:

- 206 • Einführung einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftssteuer
207 Bemessungsgrundlage für alle körperschaftssteuerpflichtigen Unternehmen in der
208 Europäischen Union mit einem Mindeststeuersatz von 25 Prozent

- 209
- Umsetzung der Digitalbesteuerung, d. h. eine Besteuerung von international tätigen
- 210 digitalen Konzernen wie beispielsweise Facebook und Google, mit dem Ziel, dass
- 211 diese dort ihre Gewinne versteuern, wo sie erwirtschaftet werden
- 212
- Einführung einer umfangreichen Finanztransaktionssteuer
- 213
- Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuer-, Zoll-, Strafverfolgungs-
- 214 und Betrugsbekämpfungsbehörden untereinander und mit den international tätigen
- 215 Behörden OLAF (Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission), Europol und
- 216 Interpol

217

218

219 **4. Für eine innovative und klimafreundliche Industriepolitik**

220

221 Ein Wirtschaftszweig, der Europa historisch geprägt hat und auch in Zukunft eine zentrale

222 Rolle spielt, ist die Industrie. Sie ebenso wie die entsprechenden Industrieregionen in ihren

223 Transformationsprozessen zu unterstützen und sie auf ihrem Weg grüner, digitaler und

224 innovativer werden zu lassen, ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden dabei vor allem

225 auf die enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit industrieller Praxis setzen.

226 Die europäische Förderung für Forschung und Transfer werden wir entsprechend ausbauen.

227 Begünstigt hierbei ist insbesondere die Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfenbüttel. Als

228 industrielles Ballungszentrum und Hort der Wissenschaft kann sie innovative Erkenntnisse –

229 gewonnen durch eine Stärkung ihrer Forschungseinrichtungen – direkt in ihre effektive

230 Gestaltung als Industriestandort einfließen lassen. Unsere Europapolitik ermöglicht unserer

231 Region einen doppelten Zugewinn!

232 Ebenso wollen wir aber gemeinsame europäische Antworten auf das Mega-Thema

233 Digitalisierung finden. Dafür benötigen wir einen gemeinsamen Ansatz zu digitalen

234 Grundrechten und einen entsprechenden rechtlichen Rahmen, der den Ausbau schneller

235 Kommunikationsnetze fördert und gleichzeitig Prinzipien wie Netzneutralität, Medienvielfalt

236 sowie die lückenlose Wahrung kommunikativer Grundrechte absichert. Die Durchsetzung

237 öffentlicher Sicherheit und Ordnung muss auch im Digitalen eine hoheitliche und damit

238 staatliche Aufgabe bleiben, die parlamentarisch kontrolliert wird. Politisches Ziel muss es

239 sein, dass weitere Monopolbildungen im Digitalen, durch eine gezielte Vielfalts- und

240 Wettbewerbsförderung, verhindert werden.

241 Innovationen im Klima- und Umweltschutz sind für die europäische Industrie von besonderer

242 Bedeutung. Gerade die energieintensiven Branchen können einen großen Beitrag dazu

243 leisten, unser Ziel, bis 2050 zur *Low-Carbon-Economy* zu werden, zu erreichen. Die Erträge

244 aus dem europäischen Emissionshandel, die gezieltere Nutzung der Strukturfonds sowie
245 eine entsprechende Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung sind die Wege,
246 die Senkung des Energie- und CO₂-Bedarfs bereitzustellen. Wir werden den europäischen
247 Emissionshandel durch eine möglichst EU-weite CO₂-Steuer ergänzen. Der Preis pro Tonne
248 Kohlenstoff sollte dabei 50 Euro im Jahr 2020 und 100 Euro im Jahr 2030 betragen.
249 Allerdings müssen ungewollte Effekte vermieden werden. Das betrifft die Verlagerung von
250 Wirtschaftsbereichen in andere Regionen, welche eine laxere Umweltgesetzgebung haben,
251 ebenso wie eine Vergrößerung der Armutprobleme durch steigende Heizkosten.

252 Über die Steuer hinaus werden wir die Bedeutung von Ökodesign ausbauen und unter
253 anderem stärken durch eine Besteuerung besonders klimaschädlicher Produkte, die
254 Verschärfung von Gesetzen gegen Plastikabfall, eine härtere Verfolgung der Konstruktion
255 von Produkten mit geplant begrenzter Nutzungsdauer sowie die strengere Regulierung von
256 Emissionen im Bereich Schifffahrt und Flugverkehr. Braunschweig als Forschungs- und
257 Industriestandort trifft hier in der Kreation, Planung und Umsetzung ökologischerer
258 Verfahrensweisen eine besondere Verantwortung und kann daher profitieren von der
259 europäischen Förderung dieser Bereiche.

260 Bezüglich des Strukturwandels, wie des Wegfalls der Kohleindustrie, werden wir einen Pakt
261 zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten, insbesondere in Ost-
262 und Südosteuropa, initiieren. Über die Industrie hinaus müssen wir aber auch Entwicklungen
263 in flankierenden Wirtschaftsräumen schaffen. Es muss sichergestellt werden, dass
264 entsprechende Mittel für die Regionen im Wandel zur Verfügung stehen. Das gilt
265 insbesondere auch für Investitionen in die Infrastruktur, also zum Beispiel Verkehr und
266 Bildung.

267

268 **Wissen schafft Zukunft**

269 Starke, öffentlich finanzierte und für alle gesellschaftlichen Schichten offene Hochschulen,
270 wie die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal oder die Ostfalia, sind die
271 Voraussetzung für die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit unserer Region und Europas.
272 Hier werden wir investieren und den Tendenzen zur Ökonomisierung von Bildung und somit
273 von Lebenschancen mit aller Macht entgegenzutreten.

274 Dort, wo die Europäische Union im Bereich der frühkindlichen Bildung, in der Schule, der
275 beruflichen Ausbildung und der Weiterbildung die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer
276 Kompetenzen unterstützen kann, werden wir dies vorantreiben. Dort, wo Herausforderungen
277 besser gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden können – zum Beispiel im
278 Zuge der Digitalisierung – streben wir gemeinsame Mindeststandards an. Europäische

279 Benchmarks, insbesondere zur Zahl von Schul-, Studien- und Ausbildungsabbrecher*innen,
280 in den Bereichen frühkindliche Bildung, lebenslanges Lernen, Übergang in den Arbeitsmarkt
281 sowie grenzüberschreitende Mobilität können hier zu einem positiv gestalteten föderalen
282 Wettbewerb beitragen. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss
283 zudem weiter ausgebaut werden.

284 Wir wollen Austauschprogramme wie Erasmus-Programme stärken, ausbauen und auch
285 denjenigen einen Austausch ermöglichen, denen die Mittel hierzu nicht in die Wiege gelegt
286 sind. Dies bedeutet – neben einer Aufstockung der Finanzierung der bestehenden
287 Programme – unter anderem stärkere Anstrengungen, um auch Schüler*innen oder
288 Auszubildenden attraktive, finanziell abgesicherte Möglichkeiten für eigene
289 Auslandserfahrung zu geben. Profitieren können hier z.B. die Auszubildenden der
290 zahlreichen mittelständischen Unternehmen in der Region Braunschweig und letztendlich die
291 Unternehmen selbst durch Erfahrungs- und Kenntnissteigerung in ihren Abteilungen.

292 Nationalstaatliche Investitionen in Wissenschaft und Forschung sollen nicht unter die Regeln
293 des Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen. Die europäische Forschungsförderung wollen
294 wir deutlich erhöhen. Wir werden die bereits heute nach den Regeln der Strukturförderung
295 vergebenen Mittel für Forschung aufstocken und so die Eigenschaft von Wissenschaft und
296 Forschung als Impulsgeber für ganze Regionen unterstreichen. Durch die Ansiedlung von
297 Forschungseinrichtungen wollen wir ebenfalls Regionen Zukunftsimpulse geben, die als
298 wissenschaftliche Standorte bislang noch keine herausragende Stellung einnehmen.

299

300 **5. Für eine zukunftsgerechte Klima- und Energiepolitik**

301

302 Die Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik an den Nachhaltigkeitszielen der UN ist
303 unabdingbar. Wir stehen hinter den Zielen von Paris, die eine Reduzierung der
304 Treibhausgase von 95% bis ins Jahr 2050 nötig machen – das bedeutet auch, dass der
305 Kohleausstieg bis dahin vollzogen worden sein muss. Um das zu erreichen, muss unter
306 anderem das System des Emissionshandels gestärkt werden.

307 Die Ziele für erneuerbare Energien – wie im Juni 2018 vereinbart – sind ein wichtiger Schritt
308 in die richtige Richtung. Wir setzen uns aber über indikative Ziele hinaus dafür ein, dass die
309 Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten bindend werden. Dafür müssen wir noch viel mehr in
310 den gemeinsamen Strommarkt investieren und grenzüberschreitende Fördermodelle zum
311 Normalzustand werden lassen. Grüner Strom muss ungehindert in die Industrieregionen und
312 Ballungszentren fließen können.

313 Neben der weiteren Förderung erneuerbaren Stromes stehen wir auch für grüne und
314 effiziente Energieerzeugung in Wärme und Mobilität. Gerade die Umstellung der vielen
315 fossilen Heizsysteme muss dabei Priorität haben. Große Erzeugungsanlagen müssen auf
316 europäischer Ebene genauso berücksichtigt werden wie Anlagen vor Ort im Quartier oder
317 beim Verbraucher selbst. Wir setzen uns für ambitionierte Programme zur Sanierung des
318 öffentlichen Gebäudebestands ein. Darüber hinaus werden aber auch viele Bereiche, in
319 denen bisher fossile Brennstoffe genutzt werden, zu Teilen auf erneuerbare Elektrizität
320 umsteigen müssen. Um Schwankungen in der Versorgung auszugleichen, müssen wir auf
321 europäischer Ebene große Programme für Energiespeicher weiter voranbringen.

322 Klima- und Energiepolitik sind oft auch Steuer- und Subventionspolitik. Für die SPD darf es
323 in Zukunft keinerlei öffentliche Subventionen oder industrielle Unterstützungszahlungen für
324 die Nutzung fossiler Brennstoffe geben, egal in welchem Bereich. Die SPD fordert eine
325 gerechte und verursacherorientierte europäische CO₂-Bepreisung.

326

327 **Für eine nachhaltige, europäische Verkehrs- und Mobilitätspolitik**

328 Im Hinblick auf den Klimawandel ist unser oberstes Ziel die Verringerung des CO₂-Austoßes
329 im Verkehrssektor. Die Elektromobilität (Brennstoffzelle oder Batterie) wird dabei eine
330 herausragende Rolle spielen. Im PKW- und LKW-Bereich unterstützen wir auf europäischer
331 Ebene Quoten für nachhaltige Antriebstechnologien, zweckgebundene Fördermittel, aber
332 auch für einen zielgerichteten, zusätzlichen Ausbau entsprechender Energiequellen. Darüber
333 hinaus setzen wir uns für eine weitere Verlagerung von Kapazitäten von der Straße auf die
334 Schiene und auf Wasserwege ein.

335 Da es mit neuen Antriebstechnologien nicht getan ist, stehen wir für den europäisch
336 unterstützten Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der transeuropäischen
337 Strecken. Für Regionen, die große Teile des europäischen Durchgangsverkehrs von
338 Personen und Gütern tragen, setzen wir uns für strategische Investitionen in Bypass-
339 Verbindungen ein, um die Hauptachsen zu entlasten.

340 Wir stehen dafür, in Grenzregionen verbliebene Lücken im Schienennahverkehr im selben
341 Rahmen zu schließen, wie das europäische Fernschienennetz vollendet werden muss.
342 Gerade im lokalen Rahmen, in Städten wie im ländlichen Raum, setzen wir auf den Ausbau
343 des ÖPNV-Angebots, gerade auch in der Verkehrskompetenzregion Braunschweig.

344 Wir nutzen Strukturfördermittel auch dafür, Räume, die bisher vom Verkehr besetzt sind,
345 wieder zugänglich für die Menschen zu machen. Wir fördern urbane Mobilitätskonzepte, die
346 sauber, sicher und im Sinne der Einwohner*innen sind. Dazu zählen gerade auch
347 Fahrradwege. Ein Ausbau dieser würde auch die Lebensqualität und Umweltfreundlichkeit in

348 der Region Braunschweig als bisheriges Automobil-Gebiet verbessern und den
349 Einwohner*innen eine vereinfachte autofreie Fortbewegung ermöglichen.

350

351 **Für eine faire Handelspolitik**

352 Wir unterstützen Abkommen, die den Abbau von Zöllen, Mengenbeschränkungen und rein
353 technischen Handelshemmnissen anstreben. Sie dürfen aber nicht unter der Hand staatliche
354 Regulierung zur Sicherung von Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, des
355 Verbraucher*innenschutzes und guter Arbeit aushöhlen.

356 Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import dieser Produkte
357 verpflichtende Nachweise erbringen, dass sie mindestens die ILO (Internationale
358 Arbeitsorganisation) Standards einhalten. Die privatrechtlichen Schiedsgerichte gehören
359 abgeschafft. Wir treten ein für ein modernes multilaterales Schiedsgerichtssystem nach
360 rechtsstaatlichen Grundsätzen, das transparente Verfahren für die Streitbeilegung im
361 internationalen Raum schafft.

362 Zukünftige Investitionsschutzabkommen und auch sonstige Abkommen dürfen keine
363 Vorschriften beinhalten, die die Erbringung von wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen
364 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch die öffentliche Hand begrenzen oder
365 beeinträchtigen können. Wir erwarten, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards
366 in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt wird wie die Einhaltung anderer Regeln
367 dieser Abkommen. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -
368 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen),
369 menschenrechtliche und ökologische Standards sowie konkrete Beschwerde-,
370 Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das
371 Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Handelsverträge, die Marktzugang im
372 Austausch für Entwicklungshilfe fordern, wird es mit uns nicht mehr geben. Wir setzen
373 stattdessen auf den Marktaufbau in den sich entwickelnden und insbesondere den Ländern
374 Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Länder). Ungleiche Handelsbeziehungen, bei
375 denen europäische Produkte insbesondere im Agrarbereich einen unfairen Marktvorteil in
376 den Entwicklungsländern erlangen, werden wir verhindern. Das bedeutet einen Abbau
377 jeglicher Subventionen für Exporte in diese Länder.

378 Rein strukturell muss gelten, dass bei jeglichen Verhandlungen und Abschlüssen – und
379 besonders in der Umsetzung – die parlamentarischen Rechte zu achten sind. Um darüber
380 hinaus rechtliche Unklarheiten zu vermeiden, muss der Rahmen für Freihandelsabkommen
381 so gesetzt werden, dass sie nur Regelungen enthalten, die über den WHO-Rahmen
382 hinausgehen.

383 **6. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Kommunen** 384 **und der Bürger*innen- und Menschenrechte**

385

386 Wir wollen, dass Europa in einer weltpolitisch schwierigen Zeit eine aktivere Rolle einnimmt.
387 Dabei streben wir einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch
388 geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz an: Wir machen eine präventive,
389 umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der
390 europäischen Politik. Pfeiler dieser Politik sind die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung
391 der Agenda 2030, unter anderem die Förderung friedlicher, inklusiver und stabiler
392 Gesellschaften. Konkreten Ausdruck sollte dies etwa auch darin finden, dass die
393 Europäische Union ihre Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösung stärkt und dies finanziell und
394 organisatorisch absichert. Die Europäische Verteidigungsunion muss einer demokratischen
395 und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. Eine zukünftige europäische Armee muss eine
396 Parlamentsarmee sein. Militärische Einsätze darf es nur mit UN-Mandat geben.

397 Einen weiteren Rüstungswettlauf lehnen wir entschieden ab, trotzdem muss eine bessere
398 Ausrüstung der Bundeswehr gewährleistet sein.

399 Es muss darum gehen, ein Gesamtkonzept mit dem Vorrang des Politischen und Zivilen zu
400 erarbeiten und umzusetzen. Als wichtiger Schritt hierzu muss möglichst schnell eine der
401 PESCO („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ im militärischen Bereich) vergleichbare
402 Struktur im zivilen Bereich verwirklicht werden. Außerdem muss auf dem Gebiet der
403 gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anstelle des derzeitigen Einstimmigkeitsprinzips
404 verstärkt mit Mehrheit entschieden werden. Zudem sollen gemeinsame Schritte zu einer
405 nuklearen Abrüstung unternommen werden.

406 Wir streben zudem ein hohes gemeinsames Niveau von Rüstungsexportbeschränkungen in
407 der Europäischen Union an. Alle Exporte von Rüstungsgütern einschließlich der
408 Genehmigung von Produktionslizenzen, des Betriebs von Rüstungsfabriken oder der
409 Beteiligung an Joint Ventures dürfen – über die bisherigen Beschränkungen hinaus – nur
410 noch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in solche Staaten gestattet sein, bei
411 denen der Verbleib der Rüstungsgüter sichergestellt ist, in denen die Grundsätze der
412 parlamentarischen Demokratie gewahrt werden, die keine systematischen
413 Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begehen und die nicht an
414 völkerrechtswidrigen kriegesischen Konflikten beteiligt sind.

415 Wir streben für ganz Europa eine inklusive Sicherheitsarchitektur an und treten deshalb für
416 eine europäische Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA, Kanadas und Russlands
417 ein.

418 **Pressefreiheit verteidigen und freie Meinungsbildung ermöglichen**

419 Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft und für die Freiheit der Presse in Europa
420 und darüber hinaus ein. Pressefreiheit ist zentraler Bestandteil der Demokratie. Hierzu
421 gehört für uns die unabhängige und kritische Berichterstattung von Journalist*innen. Neben
422 privaten Medienangeboten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger Teil der
423 Medienvielfalt. Dieser muss die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und dem sich
424 verändernden Nutzungsverhalten anzupassen. Der Nutzer*innen- und
425 Verbraucher*innenschutz muss auch unter den Bedingungen der Digitalisierung weiter
426 gestärkt werden. Die Regulierung von Medienplattformen und Informationsvermittlern zählt
427 hierzu. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir uns für
428 internationale Ethik-Standards einsetzen.

429

430 **Entwicklungspolitik: weniger Abhängigkeit, mehr Eigenständigkeit!**

431 Wir stehen für einen umfassenden Ansatz einer nachhaltigen europäischen
432 Entwicklungspolitik, der sich von der Katastrophen- und humanitären Hilfe über den
433 Wiederaufbau bis auf die langfristigen, strukturellen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit
434 erstreckt. Eine solche Politik berücksichtigt den Schutz der universellen Menschenrechte,
435 soziale und ökologische Standards und die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation
436 (ILO), achtet auf gute Regierungsführung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Sie
437 berücksichtigt traditionelle Landrechte und fördert eine regionale Versorgung mit Agrargütern
438 auf der Basis von Kleinbauern*bäuerinnen und Kooperativen. Sie fördert Frauen, schützt die
439 Kinderrechte sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR). Sie fördert
440 nationale Systeme der Daseinsvorsorge einschließlich des Bildungswesens sowie den
441 Handel.

442 Wir werden verhindern, dass europäische Handelspolitik europäische Entwicklungspolitik
443 konterkariert. Der Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern werden wir entgegentreten.
444 Vielmehr muss es das Ziel sein, die Staaten zu einer eigenständigen Entwicklung zu
445 befähigen. Durch eine Verlagerung der Wertschöpfungskette in die Ursprungsländer von
446 Rohstoffen werden regionale Wirtschaftsräume gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.
447 Keinesfalls dürfen Entwicklungsgelder für sicherheitspolitische Zwecke umgewidmet werden.

448 Wir wenden uns gegen jede indirekte Unterstützung autoritärer Regime (beispielsweise in
449 Afrika). Das gilt auch für die geplanten sogenannten „Ausschiffszentren“ in Nordafrika. Der
450 alleinige Maßstab muss auch hier die Einhaltung der Menschenrechte sein. Wir treten für ein
451 gesondertes Seenotrettungsprogramm der EU ein.

452

453 **Bürger*innen- und Menschenrechte als klarer Kompass**

454 Die Europäische Charta der Grundrechte ist unser Kompass bei allen Überlegungen zu
455 Bürger- und Menschenrechten. Neben einer koordinierten europäischen
456 Menschenrechtspolitik werden wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem vorantreiben,
457 ein Europäisches Einwanderungsrecht beschließen und dafür sorgen, dass Europa
458 Kommunen bei den Kosten von Migration und Integration unterstützt. Wir setzen uns dafür
459 ein, dass die für den EU-Beitritt zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien, unter anderem zum
460 Schutz ethnischer Minderheiten, in Zukunft in vollem Umfang für Mitgliedsländer gelten und
461 durchgesetzt werden. Verstöße seitens der Mitgliedstaaten gegen Prinzipien der Demokratie,
462 der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit müssen härter geahndet werden. Wir
463 fordern einen Sanktionsmechanismus, bei dem der Europäische Gerichtshof unmittelbar tätig
464 wird, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Europäischen Rates oder die Mehrheit der
465 Mitglieder des Europäischen Parlaments ihn dazu auffordern.

466

467 **Geschlechtsrollenbilder aufbrechen und Gleichberechtigung voranbringen**

468 Für die SPD ist es unerlässlich, Forderungen nach angemessener Teilhabe von Frauen an
469 Macht und Ressourcen in allen Lebensbereichen konsequent umzusetzen. Allerdings
470 geraten die Rechte von Frauen, im Zuge einer immer stärker rechten und nationalistischen
471 Ausrichtung in mehreren Ländern der EU, vermehrt unter Druck.

472 Beispielsweise besteht Lohnungleichheit weiterhin oft aufgrund stereotyper
473 Rollenverteilungen in der Familie, durch unbezahlte Care-Arbeit und durch unzureichende
474 Transparenz von Unternehmen. Die Lohnlücke trägt zur Festigung von hierarchischer
475 Verantwortungsteilung in Partnerschaften bei und führt zu längeren Erwerbsunterbrechungen
476 bei Frauen.

477 Wir fordern präventive Maßnahmen, die über den Anspruch an neue Gesetzgebung
478 hinausgehen. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen müssen die Chance
479 erhalten, die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu
480 können. Zudem muss die Care-Arbeit mehr anerkannt und als solche auch aufgewertet
481 werden, sodass einer Frau dadurch keine Nachteile entstehen.

482 Ein weiteres Problem ist, dass Frauen in allen Parlamenten noch immer deutlich
483 unterrepräsentiert sind. Dies ist ein Defizit für unsere Demokratie. Frauen müssen in
484 Entscheidungsprozesse einbezogen werden und der Anteil von Frauen in
485 Führungspositionen in der Politik und der Wirtschaft muss deutlich erhöht werden. Hierzu
486 gehört auch die Durchsetzung der Geschlechterquote von 40% der Aufsichtsratsmitglieder
487 bzw. der nicht geschäftsführenden Direktorinnen in börsenorientierten Unternehmen. Seit

488 2013 liegt hierzu eine entsprechende Richtlinie dem Europäischen Rat vor. Es ist höchste
489 Zeit, endlich eine Zustimmung im Rat zu erwirken.

490 Außerdem ist jede vierte Frau in Europa schon einmal Opfer geschlechtsbezogener Gewalt
491 geworden. Dazu gehören Vergewaltigung, Menschenhandel und häuslicher Missbrauch.
492 Darüber hinaus stellt der grenzüberschreitende Zwangsprostitutionshandel mit Erstellung
493 pornografischen Materials und Ausnutzung und Erpressung der Opfer ein EU-weites
494 Problem dar. Die EU braucht dagegen wirksame Strategien, die zur Prävention von Gewalt
495 ebenso wie zur Bewältigung von Gewalterfahrungen beitragen. In diesem Kontext müssen
496 gerade Anlaufstellen, die ein niedrighschwelliges Angebot leisten, mit Nachdruck unterstützt
497 werden.

498

499 **Ein Europa für alle: Wir stehen zur offenen Gesellschaft!**

500 Die SPD ist Europa- und internationalistische Partei und orientiert sich an ihren Werten
501 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das gilt für gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort
502 ebenso wie für unser globales Handeln. Ob Außen, Handels- oder Agrarpolitik: Unser
503 Handeln muss uns nutzen, darf aber nicht Ursache werden für Unsicherheit und
504 Perspektivlosigkeit in anderen Regionen, oft mit der Folge steigender Migrationszahlen.
505 Migration ist kein neues Thema. Schon immer haben sich Menschen aus unterschiedlichsten
506 Gründen auf den Weg gemacht, um Arbeit und neue Lebensperspektiven zu finden.
507 Deutschland hat wie andere europäische Staaten auch in der Vergangenheit Menschen aus
508 vielen Ländern aufgenommen und sie trotz mancher Fehler meist integriert.

509 Wir stehen nach wie vor zu vielfältigen und offenen Gesellschaften. Zuwanderung war und
510 ist neben allen Anstrengungen für Migrant*innen und Aufnahmegesellschaft immer auch
511 kultureller und wirtschaftlicher Gewinn. Doch Migration braucht gerade in Zeiten steigender
512 Mobilität jenseits unserer globalen Verantwortung auch klare Regeln.

513

514 **Arbeitsmigration**

515 Die EU und Deutschland sind aufgrund des Fachkräftemangels immer wieder auf Migration
516 angewiesen. Das betrifft insbesondere unsere Region mit seiner Fülle an Unternehmen und
517 dem Bedarf an Fachkräften, aber auch Kräften mit geringerer Qualifikation. Wir brauchen in
518 Europa ein klares Einwanderungsrecht, einschließlich des Zugangs zu Informationen über
519 aktuelle Bedarfe in Herkunftsländern. Ob in IT-, Bau- oder Pflegeberufen – zusätzlich
520 benötigte Arbeitskräfte können gezielt aus Ländern außerhalb der EU kommen. Die
521 Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie ggf. ergänzende Qualifikationen sind wichtige
522 Elemente der Arbeitsmigration. Umgekehrt müssen Herkunftsländer ihre Bürger*innen, die

523 bei uns keine lebensunterhaltssichernde Beschäftigung finden, zügig wieder zurücknehmen.
524 Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“
525 war bereits ein großer Schritt für die geordnete und gezielte Zuwanderung von Arbeitskräften
526 aus dem Ausland nach Deutschland und kann als Vorbild für eine gemeinsame europäische
527 Einwanderungspolitik gelten.

528

529 **Asylrecht als gemeinsame europäische Aufgabe**

530 Neben einer gerechten Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik brauchen wir eine
531 Sicherheitspolitik, die wieder stärker an Verständigung, Diplomatie,
532 Konfliktvermeidung bzw. -beseitigung sowie Stärkung von Demokratie. Militärische
533 Interventionen haben bisher nirgendwo Frieden und Demokratie gesichert.

534 Unabhängig hiervon stehen wir zu unseren humanen und internationalen Verpflichtungen.
535 Wir wollen Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, unterstützen. Das kann
536 beispielsweise engere finanzielle Zusammenarbeit mit dem UNHCR zur Unterstützung von
537 Menschen in Drittstaaten sein.

538 Es bedeutet aber auch die Aufnahme und Integration von Menschen bei uns. Die EU und
539 ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Kapazitäten zur Bearbeitung von Asylanträgen stärken.
540 Asylrecht, also Schutz von Menschen, ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Dies kann
541 nicht allein auf Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb sind bei der
542 Reform der sog. Dublin-Verordnung Regeln zur Verteilung ankommender Menschen
543 (*relocation*) unverzichtbar. Um das Sterben auf der Flucht zu beenden, brauchen wir
544 ergänzend stärkere legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa oder *Resettlement*-
545 Aktionen (direkte Aufnahme z.B. aus Lagern des UNHCR). Für die Integration sind
546 Sprachkenntnisse unverzichtbar. Dazu braucht es Zugang zu Bildung und Ausbildung. Wer
547 eine Ausbildung begonnen hat, muss diese unabhängig vom Aufenthaltsstatus beenden
548 können, einschließlich zwei Jahren Berufspraxis.

549

550 Dieser Leitantrag ist angelehnt an einen Beschluss der NRW-SPD auf ihrem Landesparteirat
551 vom 22. September 2018

552

553

554

555

556

557

558

559 **A3**

560 **Antragssteller*innen:**

561 **Jusos Bezirk**

562

563 **Beschluss: Die SPD wieder zur Europapartei machen –**

564 **Für eine mutige Europapolitik!**

565

566 Im nächsten Frühjahr wählt Europa ein neues Parlament. Selten zuvor war die Gefahr so
567 groß, dass insbesondere die Kräfte gestärkt aus dieser Wahl hervorgehen, welche die
568 Europäische Union ablehnen. Auf diesen Rechtsruck kann es für uns nur eine Antwort
569 geben: Wir kämpfen für mehr Europa! Für eine progressive und linke Vision für die
570 Europäische Union.

571

572 Viele Menschen sehnen sich nach einer europäischen Bewegung. Dies zeigen zum einen
573 der hohe Zudrang zu Bewegungen, wie Pulse of Europe oder die Proteste von jungen
574 Menschen in Großbritannien gegen den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU.
575 Uns ist aber auch bewusst, dass nicht alle die, die für Europa streiten, dieselbe Vision von
576 Europa haben wie wir. Daher ist klar: die europäische Bewegung muss eine linke,
577 progressive Vision haben. Die Europäische Idee kann nur überleben, wenn sie weder
578 gesellschaftlich noch wirtschaftlich ausgrenzt. Zu lange war die Europäische Union Spielball
579 neoliberaler Interessen. Damit muss Schluss sein! Als Antriebskraft einer linken
580 europäischen Bewegung sehen wir die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war immer
581 eine europäische Bewegung, die sich gegen nationalstaatliche Egoismen ausgesprochen
582 hat. Jedoch muss man zugeben, dass die SPD das Thema Europa zu häufig nicht wie ein
583 zentrales Zukunftsthema behandelt hat. Auch hat man sich in der Vergangenheit auf ein
584 Denkmuster des Ausspielens nationalstaatlicher Interessen, insbesondere im Rahmen der
585 Finanz- und Wirtschaftskrise, eingelassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD
586 europäische Fragen in das Zentrum ihres politischen Handelns stellen muss. Insbesondere
587 im kommenden Jahr – zur Europawahl – darf die Bedeutsamkeit der europäischen Idee nicht
588 wieder hinter bundespolitisches Alltagsgeschäft zurückfallen.

589

590 Wir fordern, dass sich die SPD im Bezirk Braunschweig für einen progressiven und mutigen
591 Wahlkampf zur Europawahl einsetzt und diesen auch in unserem Bezirk führt. Dabei sollen
592 ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Da es sich bei diesem Wahlkampf
593 um einen bezirksweiten handelt, soll außerdem ein Forum zur Koordination angeboten
594 werden, um Wahlkämpfende in den Unterbezirken miteinander zu vernetzen und zu
595 unterstützen. Darüber hinaus sehen wir den Europawahlkampf auch als Chance an,

596 insbesondere junge Menschen für die SPD zu begeistern. Viele junge Menschen sehnen
597 sich nach einer pro-europäischen Bewegung. Daher fordern wir, dass die SPD im Bezirk
598 Braunschweig einen aktiven Jugendwahlkampf unterstützt.

599

600 Die SPD im Bezirk Braunschweig setzt sich dafür ein, dass vor allem folgende Punkte im
601 Wahlprogramm und in der Kampagne zur Europawahl nach vorne gestellt werden:

602

603 **1. Die SPD muss sich klar zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ bekennen**

604

605 Pro-Europäisch bedeutet für uns, sich klar zu der Finalität der EU zu bekennen. Wir wollen
606 die Vereinigten Staaten von Europa und das lieber heute als morgen. Wir möchten, dass
607 diese Vision nach außen klar benannt wird. Das Europäische Projekt ist kein Selbstzweck,
608 sondern eine Idee mit einem klaren Ziel. Auch im Wahlkampf ist es uns deshalb ein großes
609 Anliegen, dass dieses Ziel auch benannt wird, um einen klaren Gegenentwurf zu dem anti-
610 europäischen Kurs anderer Parteien aufzuzeigen.

611

612 **2. Soziale Dimension der EU ins Zentrum rücken**

613

614 Wir fordern die soziale Dimension der EU auszubauen. Das bedeutet unter anderem die
615 Einführung eines Europäischen Mindestlohns (auch für Auszubildende) und eines
616 europäischen Sozialversicherungssystems. Viele Menschen verbinden mit der EU
617 ausschließlich Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es ist nicht überraschend, dass dies nicht zu
618 mehr Identifikation mit der Europäischen Union führt. Die EU ist nicht dazu da, dass es den
619 Konzernen gut geht. Sie soll die Bürger*innen in den Mittelpunkt stellen. Deshalb darf sie
620 nicht nur den Handel vereinfachen, sondern muss endlich auch gemeinsame
621 Sozialstandards festsetzen. Es geht um grundlegende Rechte für Arbeitnehmer*innen, wie
622 anständige Tariflöhne und Urlaubsregelungen. Und es geht um vernünftige Standards zur
623 Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Rente, die für alle Europäer*innen
624 gelten.

625

626 **3. Spar-Wahnsinn beenden!**

627

628 In vielen Ländern Europas ist die Wirtschaftskrise nach wie vor nicht überwunden. Das hat
629 dramatische Folgen für die betroffenen Menschen und erzeugt Wut und Frust. Kein
630 europäisches Land darf gezwungen werden, seine Gesellschaft weiter kaputtzusparen.
631 Stattdessen braucht es jetzt mehr Investitionen für einen Aufschwung und neue
632 Entwicklungschancen. Die Europäische Union soll in diese Staaten investieren. Wir sind

633 davon überzeugt, dass der Sparzwang der Europäischen Union viele Menschen,
634 insbesondere in den südeuropäischen Staaten, dazu bewegt hat, sich von der EU
635 abzuwenden. Jetzt gilt es: Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir alle von dieser
636 Zusammenarbeit profitieren können.

637

638 **4. Mehr Integration und mehr Demokratie für Europa**

639

640 Die SPD steht in ihrer Tradition klar für mehr Europa. Wir wollen eine stärkere Integration auf
641 allen Ebenen. Das bedeutet, dass wir die Kompetenzen der europäischen Akteur*innen
642 ausbauen wollen sowie das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat abschaffen wollen.
643 Die Erweiterung der Kompetenzen auf Unionsebene muss mit einer Demokratisierung der
644 EU Institutionen einhergehen. Daher fordern wir, dass die Kompetenzen der europäischen
645 Kommission in großen Teilen auf das Parlament verlagert werden. Es muss auf europäische
646 Ebene sichtbarer werden, wie die Entscheidungen getroffen werden. Das derzeitige
647 komplizierte politische System befördert Ansichten, dass die EU undemokratisch und
648 intransparent wäre. Die Kommission soll daher in eine vom Parlament gewählte Regierung
649 umgewandelt werden, um echte Repräsentation zu gewährleisten. Dies müssen wir zentral
650 herausstellen, um die Debatte um Demokratiedefizite innerhalb der EU endlich aus einem
651 progressiven Blickwinkel heraus zu führen.

652

653 **5. Europäisch Wahlkämpfen!**

654

655 Um den europäischen Gedanken auch während der Europawahl zu leben, fordern wir, dass
656 die Wahlkämpfe in Zukunft auch europaweit aufeinander abgestimmt werden. Ein Schritt in
657 diese Richtung ist die Einführung transnationaler Wahllisten. Von der SPD fordern wir mit
658 gutem Vorbild voran zu gehen und den Europawahlkampf zukünftig größtenteils über die
659 europäische Dachorganisation aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Die SPD im
660 Bezirk Braunschweig soll sich dafür einsetzen, dass diese Anstrengungen auf Bundesebene
661 unternommen werden.

662

663

664

665

666

667

668

669

670 **A4**

671 **Antragsteller*innen:**

672 **Jusos Bezirk**

673

674 **Beschluss: Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein**
675 **Verbrechen!**

676 Jeden Tag sterben Menschen auf dem Meer. In den Nachrichten wird der Fokus auf eine
677 Gruppe Kinder gelenkt, die in einer Höhle eingesperrt sind und auf Rettung warten. Etliche
678 Tage wird davon in den Medien berichtet – ein schlimmes Ereignis. Aber wo bleibt der
679 Medientrommel, der Liveticker und der Austausch über all die Kinder, die täglich im
680 Mittelmeer sterben? Die in Lagern verhungern, die ihre durch Anschläge gestorbenen Eltern
681 in den Händen halten?

682 An diesem Beispiel lässt sich am meisten erkennen, wie die Geflüchteten von unserer
683 Gesellschaft mittlerweile entmenschlicht wurden. Sie sind in den Augen vieler Geflüchtete,
684 die nicht nach Deutschland kommen. Doch in Wahrheit sind es Menschen, die dort ertrinken
685 und sterben!

686 Und was macht Europa? Europa guckt ihnen zu! Seenotretter*innen, die ihr eigenes Leben –
687 beispielsweise vor der Küste Libyens – riskieren werden vor Gericht zitiert. Das ist pervers
688 und unmenschlich! Wann sind Held*innen in unserer Gesellschaft zu Verbrecher*innen
689 geworden? Wann ist das Retten von Menschenleben zu einer Straftat geworden? Werden
690 Feuerwehrmänner*frauen, Notärzt*innen und andere demnächst auch für ihre wichtigen und
691 großartigen Leistungen angeklagt?

692 Was ist ein Europa wert, in dem wir unsere eigenen Grundwerte – geprägt von
693 Menschenrechten – nicht einmal selbst einhalten? Jede*r hat ein Recht auf Unversehrtheit,
694 auf Freizügigkeit, auf Leben!

695 • Wir Jusos im SPD-Bezirk Braunschweig solidarisieren uns mit allen Menschen auf
696 der Flucht und fordern von der deutschen und europäischen Politik umgehend
697 sichere Fluchtwege und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung sowie die
698 menschenwürdige Aufnahme dieser Personen!

699 • Wir begrüßen, dass mehrere Kommunen explizit beschlossen haben, Menschen in
700 Seenot aufzunehmen. Daher rufen wir dazu auf, diesem positiven Beispiel folgen.
701 Zurzeit dürfen Rettungsschiffe nur an Häfen gelassen werden, wenn vorher bekannt
702 ist, wo genau die geflüchteten Menschen hinziehen sollen. Mit unserem Aufruf wollen

703 wir die Verantwortung nicht auf die Kommunen abwälzen; die Verantwortung zur
704 Aufnahme und Verteilung liegt weiterhin bei Bund und Land.